

LEITANTRAG 2018

UNSERE REGION 2030:

innovativ



engagiert



pragmatisch



**Bezirksdelegiertentag
am 3. / 4. November 2018
in Lingen (Ems).**

Verfasser:
Veronika Eilers
Simon Göhler
Jan Schulhof

1. Einleitung mit Bevölkerungsentwicklung

Unsere Region im Westen Niedersachsens ist wirtschaftlich stark. Wir, seine Einwohner¹, sind sehr aktiv und engagiert in Vereinen, in der Kirche und im sozialen Bereich. Mit rund einer Million Einwohner in den drei Landkreisen Emsland, Grafschaft Bentheim, Osnabrück und der kreisfreien Stadt Osnabrück ist unsere Region ein Schwergewicht.

Die Bevölkerungszahlen entwickeln sich zum Jahr 2030 für unsere Region insgesamt stabil. Laut der aktuellen Prognose gibt es leichte Zugewinne in den Landkreisen Emsland (von 323.855² zu 334.710³) und Grafschaft Bentheim (von 136.048 zu 140.517) sowie leichte Rückläufe im Landkreis Osnabrück (von 356.262 zu 332.436) und der kreisfreien Stadt Osnabrück (von 163.505 zu 157.911). Damit hebt sich der Westen Niedersachsens deutlich von anderen Landesteilen ab, wo es deutliche Bevölkerungsrückgänge gibt.

Trotzdem steht unsere Region vor unterschiedlichen Herausforderungen, um auch weiterhin für seine Einwohner attraktiv zu bleiben und diese an ihre Ortschaften bzw. Städte zu binden. Der **Fachkräftemangel** belastet vor allem die örtliche Wirtschaft. Ein großer Investitionsstau findet sich in der **öffentlichen Infrastruktur**. Um den Zusammenhalt in der Gesellschaft als bedeutenden Pfeiler zu halten, muss das **Ehrenamt** gestärkt werden. Das Thema **Wohnen** ist mit den steigenden Preisen sowohl für das Land als auch die Stadt ein Dauerbrenner. Die aktuelle Debatte um das Gesellschaftsjahr stellt auch den **sozialen Bereich** unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt. Die Junge Union Osnabrück-Emsland sieht in diesen fünf Punkten besondere Herausforderungen zu bewältigen, die entscheidend dazu beitragen werden, ob sich unsere Region zum Jahr 2030 weiterhin erfolgreich entwickelt und damit weiterhin eine große Bedeutung in Niedersachsen einnimmt.

23

2. Fachkräftemangel bei Vollbeschäftigung

Die Arbeitslosenquote unserer Region ist sehr niedrig. Während in den Landkreisen Emsland (2,3%), Grafschaft Bentheim (2,9 %), Osnabrück (3,1%) Vollbeschäftigung herrscht, ist die Quote in der kreisfreien Stadt Osnabrück etwas höher 6,8% (Stand Juni 2018). Die gute Wirtschaftslage sorgt bei der Bevölkerung für einen hohen Wohlstand. Dafür wird es für unsere mittelständischen Unternehmen in der Region immer schwieriger Arbeits- und Fachkräfte für ihren Bereich zu finden. Schon jetzt beklagen viele Unternehmen über mangelnden Nachwuchs und können Ausbildungsplätze nicht besetzen. Dass die Unternehmen bei der Suche nach Ausbildungskräften zu unkonventionellen Methoden greifen, zeigt das

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Text wird nur die männliche Form verwendet

² Bevölkerungsstand laut Landesbetrieb für Statistik Niedersachsen vom 30.09.2017

³ Bevölkerungsprognose laut Landesbetrieb für Statistik Niedersachsen zum 1.1.2030

33 facebook-Video von Glasermeister Sven Sterz aus Geestland, der eine große Glasscheibe
34 fallen lässt, um dann eindringlich für seinen Betrieb zu werben. Durch dieses Video hat er
35 15 Bewerbungen erhalten und konnte so entsprechenden Nachwuchs für sein Unternehmen
36 gewinnen. Unternehmen sollten daher auch neue unübliche Methoden zur Nachwuchsge-
37 winnung überdenken.

38 Dies gilt auch gerade für unseren Bezirksverband Osnabrück-Emsland, der eine große
39 Nähe zu den Niederlanden hat. Die grenznahen Provinzen Drenthe und Overijssel haben
40 eine vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote von 11% bzw. 10,1% (Stand August 2016)
41 und bieten so eine Grundlage, um vermehrt Arbeits- und Fachkräfte von den Niederlanden
42 für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Hier müssen die Arbeitsagenturen zusam-
43 menarbeiten, um so einen größeren Einzugsbereich zu ermöglichen. Dabei helfen können
44 Organisationen, wie die Ems-Achse, die grenzüberschreitend tätig sind.

45 In diesem Zusammenhang muss auch die Anwerbung von Fachkräften außerhalb von EU-
46 Staaten überlegt werden. Es muss ein „Fachkräfte-Einwanderungsgesetz“ eingeführt wer-
47 den, damit Deutschland auch die Einreise von fachlich ausgebildeten Personen ermöglicht.
48 Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass das Gesetz auch ein Instrument gegen illegale Ein-
49 wanderung ist. Auch für diese Menschen, die hier in Deutschland arbeiten wollen, müssen
50 genug Angebote bereitstehen, damit sie unsere Sprache erlernen können. Denn die Spra-
51 che ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration.

52 **Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert daher zur Bekämpfung des Fachkräfte-** 53 **mangels**

- 54 1. die Bundesagentur für Arbeit auf, in den sozialen Medien Präsenz zu zeigen und dort
55 Stellenanzeigen zu verbreiten
- 56 2. einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt in Form einer Online-Plattform zu entwi-
57 ckeln, auf die Niederländer und Deutsche Zugriff erhalten.
- 58 3. die Einführung eines „Fachkräfte-Einwanderungsgesetz“ mit klaren Standards für die
59 Einreise von Fachkräften.

60

61 **3. Missstände auf dem Wohnungsmarkt bekämpfen**

62 Wer kennt es nicht: Auf der Suche nach den eigenen vier Wänden gibt es kaum Angebote,
63 die zu vergleichsweise erschwinglichen Preisen vorhanden sind. Sei es die erste Wohnung
64 als Berufsanfänger oder als Student: Aufgrund der langanhaltenden Niedrigzinsphase stei-
65 gen die Mieten und Grundstückspreise rasant an. Vor allem in städtischen Regionen haben
66 sich die Grundstückspreise in den vergangenen 15 Jahren mehr als verdoppelt. Der Woh-
67 nungsmarkt ist vor allem in den Studentenstädten angespannt. Dabei richten sich die Preise

68 häufig nach dem Bodenrichtwert, der als ein Hilfwert bei der Wertermittlung für Immobilien
69 dient. Selbst wenn die Kommunen die Grundstücke günstig erwerben können, passen sie
70 ihre anschließende Kaufpreisvergabe nach dem Bodenrichtwert an. Dies sollte nicht mehr
71 erfolgen, denn günstiges Bauland ist gerade für Familien und junge Menschen ein wichtiger
72 Faktor. Da hilft es, wenn die Kommunen nicht noch abkassieren. Gerade in Großstädten
73 kommt es immer mehr vor, dass Mietern gekündigt wird, um die anschließenden Wohnun-
74 gen teuer über das Internet, beispielsweise über Portale wie Airbnb, tageweise zu vermie-
75 ten. Der Ertrag ist dabei deutlich höher, als mit einem Mieter einen Monatsvertrag abzu-
76 schließend. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, der solche Maßnahmen unterbindet, damit
77 nicht noch mehr regulärer Wohnraum verloren geht. Schließlich sollte die Landes- bzw. Bun-
78 desregierung ein Förderprogramm auf den Weg bringen, dass neben den sozialen Woh-
79 nungsbau auch Wohnimmobilien für junge Menschen unter 30 Jahren, die gerade ein Stu-
80 dium oder eine Berufsbildung absolvieren, fördert. Gerade kleinere Wohnungen oder geeig-
81 nete WG-Wohnungen sind gefragt, um diesen Bevölkerungsgruppen eine erste Bleibe zu
82 ermöglichen.

83 **Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert daher zur Verbesserung des Woh-**
84 **nungsmarktes**

- 85 1. die Kommunen gesetzlich zu verpflichten, bei der Vergabe von Baugrundstücken nur
86 die kalkulierten Kosten als Grundlage und nicht den Bodenrichtwert heranzuziehen.
- 87 2. illegale Wohnungsvermietungen über Internetportale wie Airbnb und Co zu verhindern
88 und Wohnungskündigungen als rechtswidrig zu deklarieren, sofern dies im Nachgang
89 festgestellt wird.
- 90 3. die Bundes- und Landesregierung auf, Fördermittel für den Wohnungsbau für Studenten
91 und Berufsanfänger unter 30 Jahren bereitzustellen.

92

93 **4. Ehrenamt fördern und stärken**

94 Das Ehrenamt ist in unserer Region ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft.
95 Laut einer Erhebung aus dem Jahr 2016 engagieren sich Deutschlandweit über 14 Mio.
96 Menschen ehrenamtlich und allein in Niedersachsen gibt es über 3 Mio. Ehrenamtliche.
97 Weitere Untersuchungen zeigen, dass das ehrenamtliche Engagement in Deutschland seit
98 2012 von 12 Mio. auf 14 Mio. sogar angestiegen ist. Das zeigt die Bereitschaft unserer Be-
99 völkerung sich für die Gesellschaft einzusetzen. Ob soziale oder kirchliche Einrichtungen,
100 Sportvereine, Feuerwehren, Technisches Hilfswerk und nicht zuletzt in der Kommunalpoli-
101 tik: der Erfolg unserer Region hängt maßgeblich auch vom ehrenamtlichen und unentgeltli-
102 chem Engagement vieler Menschen ab.

103 Dennoch nehmen viele Ehrenamtliche auch zunehmende Probleme und Hürden in ihrem
104 alltäglichen Engagement wahr. Insbesondere die, im Mai 2018 in Kraft getretene und in
105 Deutschland noch strenger umgesetzte, Europäischen Datenschutzgrundverordnung sorgt
106 bei vielen Ehrenamtlichen für Unsicherheit und Unmut. Dokumentationspflichten, Ungewiss-
107 heit beim Umgang mit Mitgliederdaten bei der Kommunikation über Dienste wie WhatsApp
108 und die Frage inwiefern Veranstaltungen noch fotografisch begleitet werden dürfen, belas-
109 ten Ehrenamtliche und halten sie von ihrer eigentlichen Arbeit ab.

110 Darüber hinaus beklagen viele Vereine und Organisationen bereits heute ein Nachwuchs-
111 problem. Als Gründe dafür werden vor allem längere Unterrichtszeiten für Schüler und das
112 Abwandern von jungen Menschen zum Studium in die Städte genannt. Ehrenamtliches En-
113 gagement im Jugendalter trägt nicht zuletzt auch besonders zur Persönlichkeitsentwicklung
114 für das spätere Berufsleben bei. Vereine und Organisationen sollten daher stärker in Schu-
115 len präsent sein und sich zum Beispiel im Rahmen von Projekttagen vorstellen können.
116 Außerdem könnten Nachmittagsunterricht und ehrenamtliches Engagement, wo möglich,
117 verknüpft werden. Hier muss je nach örtlicher Gegebenheit mit den Kommunen nach Lö-
118 sungen gesucht werden, damit vor allem in kleinen Dörfern und in der Fläche wichtige Res-
119 sourcen nicht abgeworben werden.

120 Darüber hinaus sollte ehrenamtliches Engagement in der öffentlichen Wahrnehmung ge-
121 stärkt werden. Das Land Niedersachsen hat dazu bereits den sogenannten FreiwilligenSer-
122 ver eingerichtet, der Ehrenamtliche vernetzen, informieren und in ihrer Arbeit unterstützen
123 soll. Im Rahmen dessen vergibt das Land Niedersachsen über die Landkreise die Ehren-
124 amtskarte an engagierte Freiwillige, die damit Vergünstigungen im Alltag erhalten können.
125 Die Wahrnehmung dieser positiven Würdigung muss stärker werden und daher ist eine Auf-
126 wertung dieser Karte unbedingt notwendig. In diesem Zusammenhang fordert die Junge
127 Union Osnabrück-Emsland zudem, dass die Kommunen insgesamt stärker in die Pflicht ge-
128 nommen werden und Anreize für ehrenamtliches Engagement schaffen. Möglichkeiten
129 könnten Unterstützung bzw. „Bonuspunkte“ bei Grundstücksvergaben oder bei der Kinder-
130 betreuung und Vergabe von Betreuungsplätzen sein. Außerdem sollten Vereine und Orga-
131 nisationen, insbesondere dort wo sich junge Menschen engagieren, schneller und unbüro-
132 kratischer von ihren Kommunen unterstützt werden, um das Interesse und den Spaß am
133 ehrenamtlichen Engagement schon im jungen Alter zu stärken.

134 **Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert daher zur Stärkung des ehrenamtlichen** 135 **Engagements**

136 1. Ausbau von Werbemaßnahmen und Kampagnen zur Würdigung von ehrenamtlichen
137 Engagement, insbesondere der Ehrenamtskarte

- 138 2. Stärkere Zusammenarbeit von Kommunen, Schulen und Vereinen bei der Anwerbung
139 von Ehrenamtlichen
- 140 3. Abbau bürokratischer Hürden für Ehrenamtliche, insbesondere im Bereich der Daten-
141 schutzgrundverordnung
- 142 4. finanzielle und ideelle Anreize von Kommunen, sich ehrenamtlich zu engagieren
143

144 **5. Starke Investitionen für eine starke Infrastruktur**

145 Gerade in unserer Region steht der wachsende mittelständisch geprägte Wirtschaftsstand-
146 ort in direktem Zusammenhang mit dem Straßenaus- und Neubau. Durch die Bundesautob-
147 ahnen 1, 30 und 31 sind wir im Westen Niedersachsens hervorragend an das überregionale
148 Straßenverkehrsnetz angeschlossen. In unmittelbarer Nähe dieser Verkehrsadern konnten
149 in den vergangenen Jahren mehrere Gewerbe- und Industriegebiete ausgewiesen werden,
150 wo sich mittelständische Unternehmen angesiedelt haben. Für die kontinuierlich weiter-
151 wachsende Wirtschaft sind diese guten Verkehrsanbindungen zwingend notwendig. Zum
152 nötigen Ausbau der Straßenverkehrswege zählen auch die dringend erforderlichen Ortsum-
153 gehungen, die den Schwerlastverkehr zur Entlastung der Bürger aus den einzelnen Orten
154 herausführen. Darüber hinaus ermöglichen diese Straßenneubaumaßnahmen die Auswei-
155 sung neuer, gut erreichbarer Gewerbeflächen an den Orts- und Stadtrandlagen.

156 Neben dem Neu- und Ausbau der Fern- und Umgehungsstraßen sind für eine starke Ent-
157 wicklung unserer Region auch die Gemeinde- und Kreisstraßen von größerer Bedeutung.
158 Auch sie müssen dem anwachsenden Individualverkehr standhalten und bedürfen dazu ei-
159 ner regelmäßigen Sanierung. Die notwendigen Investitionen sind in den vergangenen Jah-
160 ren teilweise unterblieben und müssen in naher Zukunft nachgeholt werden. In vielen Kom-
161 munen ist bei dem Straßenbau von Gemeindestraßen eine Kostenbeteiligung der Anlieger
162 von bis zu 75 % üblich. Zur Entlastung der einzelnen Kommunen hält die Junge Union Os-
163 nabrück-Emsland die Möglichkeit der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für zwingend
164 notwendig und lehnt eine Gesetzesänderung dieser Erhebungsmöglichkeit nach § 6 NKAG
165 ab. Für den einzelnen Anlieger entsteht im Rahmen des Ausbaus schnell ein vier- oder fünf-
166 stelliger Beitrag. Jede Kommune sollte daher einen Straßenausbauplan entwickeln, um die
167 Bevölkerung langfristig und transparent auf die Kosten hinzuweisen.

168 Die Anzahl der deutschen Haushalte mit E-Bike hat sich innerhalb der letzten drei Jahre auf
169 nahezu 2,3 Mio. Haushalte verdoppelt. Aufgrund der steigenden Anzahl und des veränder-
170 ten Nutzungsverhaltens der Bürger, muss auch der Ausbau der Radverkehrsanlagen ver-
171 stärkt ins Blickfeld der Politik geraten. Die vorhandenen Radverkehrsanlagen müssen im

172 innerstädtischen Bereich verkehrssicherer gestaltet werden, um die Zahl der Unfälle mit Be-
173 teiligung von Radfahrern deutlich zu verringern. Dies ist unter anderem durch die bauliche
174 Anpassung sämtlicher Bestandsradwege auf die Mindestbreite von 1,50 m, an stark fre-
175 quantierten Stellen auf 2,00 m, sowie durch die gesetzliche Anpassung der Mindestbreite
176 nach der StVO für Radfahrstreifen von derzeit 1,50 m auf 2,50 m möglich. Bei Sanierungs-
177 maßnahmen an Landes- und Kreisstraßen muss der Neubau oder die Sanierung des vor-
178 handenen Radweges berücksichtigt werden. Ein hohes Potenzial haben auch die so ge-
179 nannten Radschnellwege, die eine kreuzungsfreie und zügige Radfahrten gewährleisten.
180 Eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur stellt eine der Grundlagen un-
181 serer Gesellschaft und Basis künftigen Wohlstands dar. Hierzu müssen alle Städte, Ge-
182 meinden und Dörfer in unserer Region an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Das
183 Ziel der Landesregierung von mehr als 1 Gbit/s muss langfristig weiter konsequent verfolgt
184 werden. Kurzfristig müssen alle Haushalte mit Übertragungsraten von 100 Mbit/s im Down-
185 load versorgt werden. Darüber hinaus muss bei der Versteigerung und dem Ausbau des
186 5G-Netzes vor allem auf die Netzabdeckung und Netzdichte geachtet werden. Nur so lassen
187 sich alle weißen Flecken in unserer ländlichen Region abbauen. Die im Masterplan Digitali-
188 sierung vereinbarten Ziele müssen vor allem in unserer ländlichen Region zeitnah umge-
189 setzt werden, damit wir nicht von den Ballungszentren abgehängt werden.

190 **Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert im infrastrukturellen Bereich starke In-**
191 **vestitionsmaßnahmen:**

- 192 1. Zeitnaher vierspuriger Ausbau der E 233 zwischen Meppen und Cloppenburg, sechs-
193 spuriger Ausbau der A 30 zwischen den Anschlussstellen Natbergen und Lotte sowie
194 den Lückenschluss der A33 Nord.
- 195 2. Ausbau der Bestandsradwege auf die Mindestbreite von 1,50 m sowie eine Anpassung
196 der gesetzlichen Mindestbreite für Radfahrstreifen auf 2,50 m.
- 197 3. Entwicklung von Straßenausbauplänen für jede Kommune mit einer entsprechenden
198 Priorisierung sowie eines langfristigen Zeitplans.
- 199 4. Verlängerung und Ausweitung des Volumens des vorhandenen Fördererlasses Rad-
200 schnellwege über das Jahr 2018 hinaus.
- 201 5. Einsatz des Sondervermögens zum Ausbau des Breitbandnetzes in die ländlichen Re-
202 gionen unseres Bezirks und zeitnahe Umsetzung des Masterplans Digitalisierung.

203

204 **6. Stärkung der sozialen Integrität und des Gesundheitswesens**

205 Die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 war eine Zäsur für die Bundesrepublik
206 Deutschland. Die nun folgende Diskussion über eine einjährige allgemeine Dienstpflicht für

207 alle Männer und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland ist von der aktuellen Weltpolitik
208 beeinflusst. So ist die Lage Deutschlands nicht sicherer geworden. Im Gegenteil die Demo-
209 kratien sind weltweit in Gefahr und viele Kräfte versuchen stabile Bündnisse zu schwächen.
210 Dabei kann die allgemeine Dienstpflicht auch die Gesellschaft selbst stärken, da nun das
211 Jahr sowohl bei der Bundeswehr als auch bei sozialen Einrichtungen abgeleistet werden
212 kann. Damit ist es als ein positives Instrument zu sehen, dass auch den jungen Menschen
213 eine Möglichkeit gibt, die Gesellschaft von einer anderen Perspektive zusehen.

214 Das Gesundheitswesen im ländlichen Regionen wird zunehmen löchriger und schwieriger
215 aufrechtzuerhalten. Der Landarztmangel wird sichtbarer. Dabei sollen Maßnahmen wie Sti-
216 pendien, die zukünftige Ärzte an den ländlichen Raum binden, helfen. Es müssen allerdings
217 weitere Maßnahmen umgesetzt werden, damit die Attraktivität des ländlichen Raums für
218 Landärzte gewährleistet wird. Hier gilt auch das Vorhalten von zentral gelegenen Räumlich-
219 keiten in kleineren Ortschaften. Diese sollten speziell für Arztpraxen gehalten und von den
220 Kommunen für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung gestellt werden.

221 Die Einführung der Beitragsfreiheit in den Kindergärten ist ein großer Beitrag zur Entlastung
222 der Eltern in unserem Land. Zeitgleich muss das Land Niedersachsen enorme finanzielle
223 Mittel aufwenden, damit jedes Kind dieses Angebot nutzen kann. Durch den fehlenden El-
224 ternbeitrag wird etwas zur Selbstverständlichkeit. Gewährleistet muss aber auch die Qualität
225 der Kindergärten. Dazu gehört auch das notwendige Personal für die Betreuung der Kinder.
226 Damit aber auch für die Krippen eine hohe Qualität weiterhin möglich wird, sollte in diesem
227 Bereich der Elternbeitrag in Anspruch genommen werden. Die Kinder unter drei Jahren
228 brauchen eine besondere Betreuung.

229 **Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert zur Stärkung des sozialen Miteinanders**
230 **und des Gesundheitssektors**

- 231 1. die Einführung eines für Frauen und Männer verpflichtenden Gesellschaftsjahres.
- 232 2. eine Bereitstellung von Räumlichkeiten durch die Kommunen für Arztpraxen im ländli-
233 chen Raum.
- 234 3. den Elternbeitrag für Krippen weiterhin aufrechterhalten, um eine hohe Qualität für die
235 Betreuung zu leisten.